

BR/GT I/137 d/71

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

- Sekretariat -

UEBERMITTLUNGSVERMERK

Betrifft: Studie des Internationalen Patentinstituts (IIB) in Den Haag über die künftigen Beziehungen zwischen dem Internationalen Patentinstitut und seinen Mitgliedstaaten auf der einen und dem Europäischen Patentamt und seinen Mitgliedstaaten auf der anderen Seite

Herkunft: Internationales Patentinstitut (IIB) in Den Haag

STUDIE UEBER DIE KUNFTIGEN BEZIEHUNGEN
ZWISCHEN DEM IIB UND SEINEN
MITGLIEDSTAATEN AUF DER EINEN UND DEM EUROPÄISCHEN
PATENTAMT UND SEINEN MITGLIEDSTAATEN AUF DER ANDEREN SEITE

EINFUEHRUNG

Die Arbeitsgruppe I der Regierungskonferenz hat auf ihrer Tagung vom 11. - 22. Oktober 1971 das Internationale Patentinstitut gebeten, ihr eine Studie über die beiden folgenden Fragen vorzulegen:

1. - Angesichts der Tatsache, dass in dem Vorentwurf eines Uebereinkommens über die Einführung eines europäischen Patenterteilungsverfahrens dem Internationalen Patentinstitut eine wichtige Funktion zugewiesen wird, obwohl dieses Institut dem Uebereinkommen nicht angehören wird, erhebt sich folgende Frage: Durch welche rechtlichen Mittel kann bis zum Abschluss eines Abkommens zwischen dem IIB und dem künftigen Europäischen Patentamt sichergestellt werden, dass das IIB die ihm zugewiesene Funktion auch tatsächlich erfüllen wird?
2. - Welche institutionellen, verwaltungstechnischen und finanziellen Beziehungen werden zwischen dem IIB und seinen Mitgliedstaaten auf der einen und dem Europäischen Patentamt und seinen Mitgliedstaaten auf der anderen Seite bestehen?

Da das Revidierte Haager Uebereinkommen vom 16. Februar 1961 in Kürze in Kraft treten wird (1), werden die Bestimmungen dieses Uebereinkommens bei der Prüfung dieser beiden Fragen berücksichtigt.

(1) Das Revidierte Uebereinkommen tritt gemäss seinem Artikel 19 Absatz 1 "einen Monat nach der Hinterlegung aller Ratifizierungsurkunden jener Staaten in Kraft, die am Uebereinkommen vom 6. Juli 1947 beteiligt sind". Die Ratifizierung des Revidierten Uebereinkommens durch den letzten dieser Staaten, die Türkei, ist am 19. Juni 1971 erfolgt. Die Ratifizierungsurkunde ist jedoch noch nicht hinterlegt worden.

Ausserdem ist darauf hinzuweisen, dass ein Staat dem Haager Uebereinkommen vom 6. Juni 1947 nach der Unterzeichnung, jedoch vor dem Inkrafttreten des Revidierten Uebereinkommens am 16. Februar 1961 beigetreten ist. Die besonderen Fragen, die sich daraus ergeben, dass dieser Staat das Revidierte Uebereinkommen nicht ratifiziert hat, bleiben in dieser Studie unberücksichtigt.

- A. - Einverständnis des IIB mit der Uebernahme der Funktion, die ihm durch das Uebereinkommen über die Einführung eines europäischen Patenterteilungsverfahrens (nachstehend "Erstes Uebereinkommen" genannt) zugewiesen wird
1. - Die endgültige Verpflichtung des IIB, die ihm durch das europäische Uebereinkommen zugewiesenen Aufgaben zu übernehmen, sowie die Bestimmung der institutionellen, verwaltungstechnischen und finanziellen Beziehungen zwischen dem IIB und dem künftigen Europäischen Patentamt müssen im Rahmen eines Abkommens zwischen diesen beiden Organisationen erfolgen. Da nämlich beide Organisationen Rechtsfähigkeit besitzen und durch eigene Organe vertreten werden, kann keine vertragliche Vereinbarung zwischen Staaten für sie unmittelbar bindend sein.
 2. - Es wurde jedoch die Frage aufgeworfen, durch welche rechtlichen Mittel den an der Regierungskonferenz beteiligten Staaten bzw. den Unterzeichnerstaaten des Ersten Uebereinkommens ausreichende Garantien hinsichtlich der Verpflichtung des IIB gegeben werden können, solange das Europäische Patentamt noch nicht besteht.

Was die Ausarbeitung des Ersten Uebereinkommens betrifft, so sei darauf hingewiesen, dass alle derzeitigen Mitgliedstaaten des IIB auf der Regierungskonferenz vertreten sind und dass die Haltung, die sie auf dieser Konferenz einnehmen, im Zusammenhang damit gesehen werden muss, dass es sich um Staaten handelt, die für die allgemeine Politik des IIB verantwortlich sind. Entsprechendes gilt für die anschliessende Phase der Unterzeichnung des Ersten Uebereinkommens, den ~~voraus-~~ voraussichtlich wird die überwiegende Mehrheit der Mitgliedstaaten des IIB zu den Unterzeichnerstaaten gehören.

Da jedoch das Haager Uebereinkommen allen Mitgliedstaaten der Pariser Union offensteht, erscheint es notwendig, dass das IIB als eine von seinen Mitgliedstaaten unabhängige eigene juristische Person

selbst Verpflichtungen hinsichtlich seiner künftigen Funktion ein-
geht. Der Beitritt neuer Staaten zum IIB könnte die Gültigkeit sol-
cher Verpflichtungen nicht beeinträchtigen.

Was die Form einer derartigen Verpflichtung anbelangt, so könnte
das zuständige Organ des IIB (1) eine Erklärung vor der Diplomati-
schen Konferenz abgeben. Die Mitgliedstaaten des IIB könnten Garan-
tieerklärungen dazu abgeben. Die Diplomatische Konferenz könnte
nach Kenntnisnahme von diesen Erklärungen beschliessen, dass dem
Uebereinkommen ein Protokoll darüber als Anhang beigelegt wird.

Zum Inhalt dieser Erklärungen ist jedoch zu sagen, dass sie nur
dann präzise Bedeutung hätten, wenn darin der Entwurf eines Abkommens
zwischen dem IIB und dem künftigen Europäischen Patentamt zur Fest-
legung der institutionellen, verwaltungstechnischen und finanziel-
len Beziehungen zwischen beiden Organisationen niedergelegt würde.

Die wichtigsten Punkte, die in diesem Uebereinkommen zu re-
geln wären, sind folgende:

- a) Genaue Beschreibung der Art und des Umfangs der Arbeiten, die
nach den Bestimmungen des Ersten Uebereinkommens und seiner Ausfüh-
rungsordnung vom IIB durchzuführen sind.
- b) Verwaltungsvorschriften für die Durchführung der dem IIB übertra-
genen Arbeiten für den Austausch der Dokumente, sowie für deren
Behandlung und Aufbewahrung; die Einzelheiten könnten in einer
Arbeitsübereinkunft zur Durchführung des eigentlichen Ueberein-
kommens geregelt werden.
- c) Einzelheiten der Vergütung dieser Dienste im Rahmen des im Revi-
dierten Haager Uebereinkommen vorgesehenen Finanzierungssystems.
- d) Festlegung der Modalitäten, nach denen jede der beiden Organi-
sationen gemäss dem Haager Uebereinkommen bzw. dem Ersten Ueber-
einkommens im Verwaltungsrat der anderen Organisation vertreten
sein würde.
- e) Einrichtung und Satzung gegenseitiger Verbindungsbüros der bei-
den Organisationen.

(1) Nach Artikel 11 Absatz 2 und Artikel 7 des Haager Uebereinkom-
mens kann eine solche Erklärung nach einem entsprechenden Be-
schluss des Verwaltungsrats durch den Direktor abgegeben werden.

- f) (ggfs.) Festlegung der Bedingungen für einen Austausch von Personal zwischen beiden Organisationen (gegenseitige Anerkennung des Dienstalters, Uebertragung von Ruhegehaltsansprüchen und dergl.)
- g) Schlussklauseln.

Die Ausarbeitung detaillierter Bestimmungen zu diesen Punkten ist jedoch nur möglich, wenn die betreffenden Staaten zuvor gewisse grundsätzliche Entscheidungen treffen. Nachstehend wird der Versuch unternommen, die verschiedenen Möglichkeiten aufzuzeigen.

- B - Institutionelle und finanzielle Beziehungen zwischen dem IIB und seinen Mitgliedstaaten auf der einen und dem Europäischen Patentamt und seinen Mitgliedstaaten auf der anderen Seite
- I - Im Revidierten Haager Uebereinkommen vorgesehene Rechtsgrundlagen

Nach Artikel 2 des Haager Uebereinkommens kann "jede internationale zwischenstaatliche Organisation, zu deren Aufgabe die Erteilung von Erfindungspatenten gehört und die dem Institut die Erstellung von begründeten Gutachten im Sinne von Artikel 1, Paragraph 1 oder 2 anvertraut, durch einen mit dem Institut unter den in Artikel 9, Paragraph 1 genannten Bedingungen abgeschlossenen Vertrag Mitglied des Instituts werden mit den Rechten und Pflichten, wie sie in den Artikeln 5, 6, 8, 9, 12, 13, 14 und 17 dieses Abkommens und in Artikel 1 des Protokolls umschrieben sind."

In Artikel 15 Absatz 1 dieses Uebereinkommens ist hingegen vorgesehen, dass

"das Institut sich an der Vorbereitung oder an der Ausführung von internationalen Abkommen zum Schutz des gewerblichen Eigentums beteiligen kann, soweit diese Abkommen für seine Tätigkeit von Interesse sind."

Es stellt sich zunächst die Frage, ob nur Artikel 2 als Rechtsgrundlage für die Beziehungen des IIB zum Europäischen Patentamt in Frage kommt oder ob ein Beitritt des Europäischen Patentamtes nur eine Möglichkeit darstellt und auch andere Lösungen auf der Grundlage von Artikel 15 Absatz 1 denkbar wären.

Artikel 2 des Revidierten Haager Uebereinkommens soll den genannten zwischenstaatlichen Organisationen die Möglichkeit geben, den gleichen Status wie die Mitgliedstaaten des IIB zu erlangen. Dies musste ausdrücklich vorgesehen werden, da die Möglichkeit, dass eine zwischenstaatliche Organisation vollberechtigtes Mitglied einer anderen, aus anderen Staaten bestehenden zwischenstaatlichen Organisation wird, eine Ausnahme von den allgemein üblichen Regeln für die Gründung internationaler Organisationen darstellt.

Durch Artikel 2 wird demnach eine Vorzugsregelung für einen bestimmten Typ zwischenstaatlicher Organisationen geschaffen. Andererseits schliesst Artikel 2 nicht aus, dass auch auf einer anderen Grundlage Beziehungen zu derartigen Organisationen hergestellt werden können. Eine solche Auslegung stände nämlich im Widerspruch zu der Idee einer Vorzugsbehandlung, die diesem Artikel zugrundeliegt. In Uebereinstimmung damit sieht Artikel 15 Absatz 1 vor - wobei die in Artikel 2 vorgesehenen Fälle nicht ausgeschlossen werden -, dass das IIB sich an der Ausführung von internationalen Abkommen zum Schutz des gewerblichen Eigentums beteiligen kann, soweit diese Abkommen für seine Tätigkeit - die in der Hauptsache darin besteht, Untersuchungen über den Stand der Technik anzustellen - von Interesse sind.

Das IIB kann sich also an der Durchführung des Ersten Uebereinkommens beteiligen, ohne dass das Europäische Patentamt Mitglied des IIB wird. Für die Beziehungen zwischen beiden Organisationen wären somit allein die Bestimmungen des zwischen ihnen geschlossenen Abkommens massgebend.

Diese Auslegung findet ihre Bestätigung in den Akten der Konferenz über die Revision des Haager Uebereinkommens. In dem allgemeinen Bericht, der auf dieser Konferenz vorgelegt wurde, wird die in Artikel 2 vorgesehene Regelung in der Tat als eine den internationalen Organisationen eingeräumte Möglichkeit bezeichnet. Ferner hat der allgemeine Ausschuss der Konferenz bei den letzten Beratungen über Artikel 2 einstimmig eine Feststellung gebilligt, nach der an Stelle der internationalen Organisation jeder ihrer Mitgliedstaaten dem IIB getrennt beitreten kann (Protokoll des Allgemeinen Ausschusses vom 7. Februar 1961).

II - Konsequenzen aus der Anwendung von Artikel 2 des Haager Uebereinkommens

1) Allgemeine Rechte und Pflichten

Für den Fall, dass das Europäische Patentamt durch ein Abkommen mit dem IIB Mitglied des IIB wird, so übernimmt es damit nach Artikel 2 die in den Artikeln 5, 6, 8, 9, 12, 13, 14 und 17 des Haager Uebereinkommens und in Artikel 1 des Protokolls zu diesem Uebereinkommen vorgesehenen Rechte und Pflichten.

In dieser Aufzählung sind folgende Artikel nicht enthalten:

- Artikel 1, der die Aufgaben des IIB betrifft,
- Artikel 3, der die Art der Gutachten betrifft,
- Artikel 4, der gewisse Pflichten betrifft, die allein den Mitgliedstaaten obliegen,
- Artikel 7, in dem die Befugnisse des Verwaltungsrats aufgezählt sind. Das Fehlen dieses Artikels in der Aufzählung in Artikel 2 besagt nicht, dass die Mitgliedsorganisationen des IIB nicht an den in Artikel 7 vorgesehenen Beschlüssen beteiligt waren. Aus Artikel 8 Absatz 1 ergibt sich nämlich, dass die Mitgliedsorganisationen an jedem Beschluss teilnehmen, der eine Stimmabgabe erfordert. Ausserdem ist in Artikel 6 vorgesehen, dass im Verwaltungsrat jeder Mitgliedstaat oder jede Mitgliedorganisation durch einen Vertreter vertreten ist.

- Artikel 10, der sich auf die Zuständigkeiten des Direktors des IIB bezieht,
- Artikel 11, der die Rechtsfähigkeit des IIB betrifft,
- Artikel 15, der bereits genannt wurde,
- Artikel 16, der den Sitz des IIB betrifft,
- Artikel 18 - 22 (Schlussklauseln).

Aus dieser Zusammenstellung der Artikel, die in der Aufzählung des Artikels 2 fehlen, darf abgeleitet werden, dass die betreffenden zwischenstaatlichen Organisationen als Mitglieder des IIB den Staaten gleichgestellt sind. Allerdings konnten sie nicht Mitglied des Haager Übereinkommens werden und sind von den besonderen Rechten ausgeschlossen, welche die Staaten in dieser Eigenschaft ausüben, insbesondere hinsichtlich späterer Revisionen des Haager Übereinkommens und des Protokolls.

2) Finanzregelung

2.1. Eintritts-Beitrag

Der Eintritts-Beitrag nach Artikel 12 des Haager Übereinkommens ist nur einmal, und zwar beim Beitritt eines neuen Staates oder einer Organisation, zu entrichten. Im Falle der Staaten wird er bestimmt "durch die Zahl der Einheiten der Klasse, in welcher sie in Anwendung von Artikel 13 Paragraphen 8 und 9 der Verbandsübereinkunft eingereiht sind, wobei der Betrag der Einheit gleich dem Gegenwert von 2 Kilogramm Feingold ist ..." (Artikel 12 Absatz 2). Der Eintritts-Beitrag der in Artikel 2 genannten Organisationen hingegen wird nach Artikel 12 Absatz 2 in dem jeweiligen Beitrittsabkommen festgesetzt.

Es dürfte wohl verfrüht sein, bereits jetzt Parameter vorzuschlagen, nach denen dieser Eintritts-Beitrag festgesetzt werden könnte.

2.2. Jahresbeitrag

2.2.1. Allgemeine Berechnungsgrundsätze

Die Jahresbeiträge der Mitgliedstaaten und -organisationen des IIB sind in den Artikeln 13 und 14 des Revidierten Uebereinkommens festgelegt. In diesen Artikeln sind folgende Grundsätze aufgestellt:

- 2.2.1.1. Der Gesamtbetrag der Jahresbeiträge der Mitgliedstaaten und -organisationen deckt den Betrag der Jahresausgaben des IIB der verbleibt nach Abzug
- der Einnahmen aus den Entschädigungen für Dienste, die das IIB Dritten geleistet hat (Art. 13 Absatz 3 und Art. 1 Absatz 3),
 - aller anderen Einnahmen, insbesondere durch den Ertrag des dem IIB gehörigen Vermögens.

Ausserdem ist in Artikel 13 Absatz 6 festgelegt, dass die Entschädigung für Dienste, die das IIB Dritten geleistet hat (Privatpersonen, dem IIB nicht angehörende Staaten und Organisationen) nicht geringer sein darf als der Gesamtbetrag der durch diese Arbeiten verursachten Verwaltungs- und Prüfungskosten.

- 2.2.1.2. Die Ausgaben, die durch die Jahresbeiträge zu decken sind, werden in sog. Verwaltungsausgaben und Prüfungsausgaben aufgeteilt. Nach Artikel 13 Absatz 2 Unterabsatz 2 geschieht diese Aufteilung aufgrund eines Buchhaltungsplans, der vom Verwaltungsrat aufgrund eines Gutachtens von Buchhaltungssachverständigen aufgestellt wird.

Da das Revidierte Haager Uebereinkommen noch nicht in Kraft getreten ist, ist diese Aufteilung noch nicht festgelegt worden. Je nachdem, wie der Begriff "Verwaltungsausgaben" ausgelegt wird, kann angenommen werden, dass diese Ausgaben 1 % bis 11 % der durch die Jahresbeiträge zu

deckenden Gesamtausgaben ausmachen werden; dieser Prozentsatz ist für das Haushaltsjahr 1971 angesetzt worden.

2.2.1.3. Der Teil, welcher die Verwaltungsausgaben deckt, wird unter die Mitgliedstaaten und -organisationen verteilt im Verhältnis der Richtzahlen, die im grossen und ganzen der Zahl der bei jedem Mitgliedstaat oder jeder Mitgliedsorganisation eingereichten Patentgesuche entsprechen (Artikel 13 Absatz 3 zweiter Unterabsatz).

2.2.1.4. Der Teil des Jahresbeitrags, welcher die Prüfungsausgaben deckt, wird verteilt im Verhältnis der verlangten Gutachten (Artikel 13 Absatz 3 Unterabsatz 3). Der Verwaltungsrat kann jedoch Berichtigungskoeffizienten festlegen, deren Höhe sich nach dem Umfang der durch diese Gutachten verursachten Arbeiten richtet. Schliesslich werden in Artikel 14 die begründeten Gutachten bestimmt, die bei der Festlegung der Anzahl der Gutachten, nach denen der Jahresbeitrag berechnet wird, zu berücksichtigen sind.

2.2.1.5. Dieses Finanzierungssystem hat im wesentlichen folgende Auswirkungen:

- Der Umfang der Arbeiten, die das IIB für Rechnung Dritter (IIB-fremde Staaten und Organisationen und Privatpersonen) durchführt, hat keinen Einfluss auf die Höhe der Jahresbeiträge der Mitgliedstaaten und -organisationen, wenn diese Arbeiten zum Selbstkostenpreis durchgeführt werden; dazu ist zu bemerken, dass es nach Artikel 13 Absatz 6 verboten ist, eine Entschädigung unter diesem Preis festzusetzen.
- Für die einzelnen Mitgliedstaaten oder -organisationen, die die Dienste des IIB in Anspruch nehmen, schwanken die Kosten pro Rechereheneinheit, die sich durch Division des jährlichen Gesamtbeitrags zur Deckung der Verwaltungs- und

Prüfungskosten durch die Zahl der verlangten Gutachten ergeben, entsprechend dem Verhältnis zwischen der Zahl der beim Patentamt des betreffenden Staates oder bei der betreffenden Organisation eingereichten Anträge und der Zahl der Gutachten, welche dieses Amt oder diese Organisation beim IIB angefordert hat. Diese Kosten sind niedriger als der Selbstkostenpreis pro Rechereineinheit gleich diesem Preis oder höher als dieser Preis, je nachdem ob das genannte Verhältnis niedriger ist als das Verhältnis zwischen der Gesamtzahl der bei den Patentämtern der Mitgliedstaaten und bei den Mitgliedsorganisationen eingereichten Anträge und der Gesamtzahl der von diesen Ämtern und Organisationen angeforderten Gutachten, ob es gleich diesem Verhältnis ist oder ob es darüber liegt. Hierbei wurden allerdings die Auswirkungen der Abrundung der in Artikel 13 Absatz 3 Unterabsatz 2 des Revidierten Uebereinkommens genannten Richtzahl ausser Acht gelassen.

- Jede Ausweitung der Arbeiten, die das IIB für die Mitgliedstaaten oder -organisationen durchführt, hat zur Folge, dass sich der Beitrag der Mitgliedstaaten, die die Dienste des IIB nicht in Anspruch nehmen, an den Verwaltungskosten erhöht.
- Der Umfang der vorgenannten Auswirkungen hängt jedoch davon ab, welcher Koeffizient bei der Aufteilung der Jahresausgaben in Verwaltungsausgaben und Prüfungsausgaben angewandt wird. Je nach der Höhe dieses Koeffizienten werden sie mehr oder weniger stark ins Gewicht fallen.

2.2.1.6. Artikel 13 Absatz 4 betrifft nur die Kassenführung und enthält keinerlei Änderung des oben dargestellten Finanzierungs-systems. Insbesondere ist die Tatsache, dass der Verwaltungsrat am Beginn jedes Rechnungsjahrs einen Pauschalpreis für die Gutachten bestimmt, für die Höhe der tatsächlich zu entrichtenden Beiträge ohne Bedeutung.

2.2.2. Anwendung der Finanzregelung des Revidierten Haager Uebereinkommens im Rahmen des Ersten Uebereinkommens und des PCT

In Artikel 13 des Revidierten Uebereinkommens werden als Parameter für die Berechnung der Jahresbeiträge zwei Begriffe

verwendet, nämlich die "Anzahl der von jedem Staat oder jeder Organisation erhaltenen Patentgesuche" und die "Anzahl der in Artikel 14 erwähnten Gutachten".

Es erhebt sich die Frage, ob - und unter welchen Bedingungen - diese Parameter im Rahmen der durch das Erste Uebereinkommen und das PCT geschaffenen Systeme angewandt werden können. Gegebenenfalls müssten die Einzelheiten der Anwendung dieser Parameter in dem Abkommen über den Beitritt des Europäischen Patentamts zum IIB geregelt werden.

2.2.2.1. Eingegangene Patentanmeldungen

2.2.2.1.1. Anträge auf ein europäisches Patent gelten nur dann als eingereicht im Sinne von Artikel 13 des Revidierten Uebereinkommens, wenn sie beim Europäischen Patentamt vorgelegt worden sind.

Die Bezeichnung eines Staates in einem Antrag auf ein europäisches Patent kann nämlich nicht mit der Einreichung eines Antrags auf ein einzelstaatliches Patent bei den Behörden dieses Staates gleichgestellt werden, da bei Anträgen auf ein europäisches Patent keinerlei Verfahren für eine einzelstaatliche Patenterteilung vorgesehen sind. Im übrigen steht die Tatsache, dass nach Artikel 64 Absatz 1 Buchstabe b des Ersten Uebereinkommens eine europäische Patentanmeldung bei der Behörde des Vertragsstaats eingereicht werden kann, dem nicht entgegen, dass sie als beim Europäischen Patentamt eingereicht gelten. In Artikel 1 Absatz 1 Unterabsatz 2 des Revidierten Uebereinkommens heisst es hierzu:

"Patentgesuche, die bei der nationalen Verwaltung eines Mitgliedstaats nur zwecks Weiterleitung an die Verwaltung eines anderen Staates oder an eine internationale intergouvernementale Organisation eingereicht werden, gelten nicht als bei der nationalen Verwaltung jenes Mitgliedstaats eingereichte Patentgesuche im Sinne dieses Abkommens".

2.2.2.1.2. Es stellt sich die Frage, ob diese Bestimmung auch für die Einreichung internationaler Anträge beim zuständigen An-

meldeamt gilt. Anders als in Artikel 64 des Ersten Uebereinkommens ist im PCT vorgesehen, dass das Anmeldeamt den eingereichten Antrag nicht nur weiterleitet, sondern den Anmeldetag (Art. 11 des PCT) festlegt und eine Prüfung in formeller Hinsicht vornimmt (Art. 14 des PCT).

Da eine wörtliche Anwendung von Artikel 1 Absatz 1 Unterabsatz 2 nicht möglich ist, erhebt sich die Frage, welche Auslegung der Grundkonzeption des im Revidierten Haager Uebereinkommen vorgesehenen Finanzierungssystems am nächsten kommt. Mit diesem System soll für die Mitgliedstaaten und -organisationen ein finanzieller Anreiz geschaffen werden, alle bei ihnen vorliegenden Patentanmeldungen für Recherchen durch das IIB zur Verfügung zu stellen. Bei internationalen Anträgen bestimmt jedoch nach Artikel 16 Absatz 2 des PCT allein das Anmeldeamt, welche Behörde den internationalen Recherchenbericht abzufassen hat. Die Rechtsgrundlage für die Anforderung der internationalen Recherchenbericht beim IIB bildet allerdings nicht das Haager Uebereinkommen, sondern das Abkommen, das nach Artikel 16 Absatz 3 Buchstabe b des PCT zwischen dem IIB und dem Internationalen Büro zu schliessen ist. Dies schliesst jedoch nicht aus, dass die internationalen Recherchenberichte sich auf Erfindungen beziehen, für die bei den Mitgliedstaaten oder -organisationen des IIB Patentgesuche eingereicht wurden.

Die Recherchegebühr schliesslich wird vom Anmeldeamt erhoben (PCT-Regel 16, 1b). Internationale Anträge, die beim Patentamt eines Mitgliedstaats oder bei einer Mitgliedsorganisation des IIB eingereicht wurden, wären somit im Sinne von Artikel 13 des Haager Uebereinkommens als bei diesem Amt oder dieser Organisation eingegangen anzusehen. Nach dieser Auslegung liesse sich auf alle von einem Mitgliedstaat oder einer Mitgliedorganisation angeforderten Recherchen das gleiche Vergütungssystem anwenden, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um einen einzelstaatlichen, einen europäischen oder einen internationalen Antrag handelt.

Andererseits ist es wohl nicht möglich, die in einem internationalen Antrag enthaltenen Benennungen den "bei der nationalen Verwaltung jedes Mitgliedstaats oder von jeder internationalen intergouvernementalen Organisation empfangenen" Patentgesuchen im Sinne von Artikel 13 des Revidierten Haager Uebereinkommens gleichzustellen.

Diese Benennungen führen zwar zu einem Verfahren für eine einzelstaatliche Patenterteilung, doch müssen bei diesem Verfahren in der Regel keine Recherchen angestellt werden. Daraus ergibt sich, dass eine Gleichstellung der in einem internationalen Antrag enthaltenen Benennungen mit den bei den bezeichneten Aemtern eingereichten Patentanträgen zur Folge hätte, dass sich die Aufteilung des Gesamtjahresbeitrags für Verwaltungsausgaben namentlich zum Nachteil der Mitgliedsländer, die die Dienste des IIB nicht in Anspruch nehmen, ändern würde. Diese nachteilige Wirkung würde noch dadurch erhöht, dass der Einreichung eines internationalen Antrags in den meisten Fällen ein erster einzelstaatlicher Antrag vorausginge.

Bei den vorstehenden Auslegungen ist zu berücksichtigen, dass die Finanzregelung des Revidierten Haager Uebereinkommens zu einem Zeitpunkt ausgearbeitet wurde, als das PCT und das Erste Uebereinkommen noch keine feste Gestalt angenommen hatten. Eine authentische Auslegung wird somit erst nach den künftigen Beratungen der Mitgliedstaaten des IIB und, was das Europäische Patentamt anbelangt, aufgrund des künftigen Abkommens mit dieser Organisation möglich sein.

2.2.2.2. Gutachten nach Artikel 14 des Revidierten Haager Uebereinkommens

Aus Artikel 14 des Revidierten Haager Uebereinkommens ergibt sich, dass bei der Bestimmung des Anteils der Jahresbeiträge, durch den die Prüfungsausgaben gedeckt werden, nur bestimmte Kategorien der vom IIB für Mit-

gliedstaaten und -organisationen durchgeführten Arbeiten berücksichtigt werden dürfen. Arbeiten, die nicht unter eine dieser Kategorien fallen, sind in der gleichen Weise zu vergüten wie die für Rechnung Dritter ausgeführten Arbeiten (Art. 1 Absatz 3, Artikel 13 Absatz 6).

In Artikel 14 Absatz 2 des Revidierten Uebereinkommens heisst es:

"Für die Bestimmung des in Artikel 13 vorgesehenen Teiles des Jahresbeitrags von Mitgliedsorganisationen fallen nur die in Artikel 1 Paragraphen 1 und 2 genannten begründeten Gutachten in Betracht, die von diesen Organisationen verlangt wurden".

2.2.2.2.1. Der in Artikel 79 des Ersten Uebereinkommens genannte Bericht hat die Form eines Gutachtens "über die Neuheit der Erfindungen, welche Gegenstand von Patentgesuchen sind, die empfangen worden sind von einer Organisation, die Mitglied des Instituts ist". Diese Berichte sind demnach aus dem Aufkommen der Jahresbeiträge zu vergüten.

2.2.2.2.2. Es fragt sich, ob dies auch für die internationalen Recherchenberichte zu den internationalen Anträgen zutrifft, die dem IIB durch die Behörden eines Mitgliedstaats oder durch eine Mitgliedsorganisation zugleitet werden. Diese Frage muss beigeht werden, wenn man bedenkt, dass das Anmeldeamt im Sinne des PCT, wie oben dargelegt, einer einzelstaatlichen Behörde oder der Organisation, welche den Antrag im Sinne der Artikel 1 und 13 des Revidierten Haager Uebereinkommens "empfangen hat", gleichzustellen ist.

2.2.2.2.3. Besondere Schwierigkeiten bereitet die Frage, auf welcher Grundlage die Ausarbeitung ergänzender Berichte zu den internationalen Recherchenberichten in den Fällen der Artikel 137 und 160 a des Ersten Uebereinkommens vergütet werden soll.

Geht man davon aus, dass die Benennung eines Amtes in einem internationalen Gesuch im Sinne des Artikels 1 Paragraph 1 des Abkommens vom Haag der Einreichung eines Patentantrags bei diesem Amt nicht gleichgestellt werden darf, so kann auch ein im Anschluss an eine derartige Benennung erstelltes (ergänzendes) Gutachten nicht den Gutachten nach Artikel 14 gleichgestellt werden. Die entsprechende Entschädigung müsste also gemäss Artikel 1 Paragraph 3 und Artikel 13 Paragraph 6 des Abkommens vom Haag erfolgen und folglich sowohl die Verwaltungskosten als auch die Prüfungskosten decken. Andererseits mag es seltsam erscheinen, dass die Grundlagen für die Berechnung der Entschädigung für gleichartige Berichte die von derselben Organisation (oder dem gleichen Staat), die Mitglied des IIB ist, unterschiedlich sind. Da der Wortlaut des Revidierten Abkommens vom Haag keine kohärente Lösung ermöglicht, müssten angemessene Modalitäten für die Entschädigung von den Mitgliedstaaten des IIB sowie in dem zwischen dem IIB und dem EPA zu schliessenden Abkommen festgelegt werden.

2.2.2.2.4. Nach Artikel 79 Absatz 2 des ersten Uebereinkommens legt das IIB den endgültigen Inhalt der Zusammenfassung fest. Diese Dienstleistung kann als Bestandteil der Erstellung des Berichts oder als Leistung betrachtet werden, die Gegenstand einer unabhängigen Entschädigung ist, die für das IIB eine "ausserbeitragliche" Einnahme im Sinne des Artikels 13 Paragraph 1 Buchstabe c ist. Diese Frage müsste in dem mit dem EPA zu schliessenden Abkommen geregelt werden.

2.2.2.2.5. Die Tatsache, dass in Artikel 14 des Abkommens vom Haag der Ausdruck "begründetes Gutachten" verwandt wird, schliesst nicht aus, dass die Berichte des Artikels 79 des ersten Vorentwurfs bzw. die Recherchenberichte im Sinne des PCT erstellt werden. Nach Artikel 3 des Abkommens ist ein begründetes Gutachten nämlich "ein Gutachten, das auf einer Nachforschung beruht, deren Art und Umfang in Artikel 1 Paragraphen 1, 2 und 3 des Protokolls bestimmt werden." Die Bestimmungen des Protokolls beziehen sich aber sowohl

auf die Berichte nach Artikel 79 des Ersten Uebereinkommens als auch auf die internationalen Recherchenberichte nach dem PCT, oder sie können sich jedenfalls auf sie beziehen.

2.2.3. Koeffizienten

Artikel 13 Absatz 5 des revidierten Abkommens vom Haag lautet wie folgt:

"Zum Zweck der Festsetzung der hiervor genannten Jahresbeiträge bestimmt der Rat für die in Artikel 1 Paragraph 2 dieses Abkommens und in Artikel 1 Paragraphen 2 und 3 des Protokolls vorgesehenen Gutachten Richtzahlen, deren Grösse sich richtet nach der Bedeutung der für ihre Gutachten aufgewendeten Arbeit im Vergleich zur Arbeit, welche verursacht wird durch die Erstellung der Gutachten aufgrund der in Artikel 1 Paragraph 1 des Protokolls umschriebenen Nachforschung."

Die Berichte nach Artikel 79 des Ersten Uebereinkommens + die internationalen Recherchenberichte nach Artikel 15 des PCT sind als "begründete Gutachten über die Nachforschung gemäss der Definition in Artikel 1 Paragraph 1 des Protokolls" (Standardgutachten) anzusehen; es sind also Koeffizienten festzulegen, die für die Entschädigung ergänzender oder beschränkter Recherchen im Sinne der Artikel 137 und 160 a des Ersten Uebereinkommens, des Artikels 10 der gemäss dem ersten Uebereinkommens festgelegten Gebührenordnung und der Regeln 16.3 und 41 der Durchführungsordnung zum PCT gelten.

2.2.3.1. Was die verschiedenen von Artikel 137 des Ersten Uebereinkommens erfassten Fälle angeht, so erhebt sich die Frage, ob eine Entschädigung für einen ergänzenden Bericht nur in den Fällen vorzusehen ist, in denen der Antragsteller nach diesem Artikel dafür die Kosten übernimmt. Es ist darauf hinzuweisen, dass in einem solchen Falle die Aufwendungen für die ergänzenden Recherchen aufgrund des im Abkommen vom Haag vorge-

sehenen Aufschlüsselungssystems teilweise von den Mitgliedstaaten des IIB übernommen werden.

Sodann erhebt sich die Frage, ob in allen vom vorgenannten Artikel erfassten Fällen ein einheitlicher Koeffizient angewandt werden kann, obwohl sich absehen lässt, dass der Umfang der Arbeiten veränderlich sein wird.

2.2.3.2. In den Fällen des Artikels 160 a des Ersten Uebereinkommens ist der Koeffizient für den Bericht unter Berücksichtigung der in Absatz 3 dieses Artikels genannten Beschlüsse des Verwaltungsrates festzusetzen. Solange ein Beschluss nicht ergeht, ist der Koeffizient gleich 1.

2.2.3.3. Nach Artikel 10 der genäss dem Ersten Uebereinkommen festgelegten Gebührenordnung sowie nach den Regeln 16.3 und 41 des PCT wird ein Teil der Recherchegebühr in dem Falle rückerstattet, in dem in bezug auf einen Antrag für den Priorität gefordert wird, eine erste Recherche durchgeführt worden ist.

Demgegenüber sieht Artikel 1 Paragraph 2 Unterabsatz 1 des Protokolls im Anhang zum Abkommen vom Haag vor, dass das Recht, eine beschränkte Nachforschung zu verlangen, "ohne gegenteiligen, einstimmig gefassten Beschluss des Verwaltungsrats nicht ausgeübt werden kann mit Bezug auf Patentgesuche, welche sich gestützt auf einen Prioritätsanspruch auf die gleiche Erfindung beziehen wie ein anderes Patentgesuch oder ein anderes Patent, welches bereits Gegenstand eines früheren Gutachtens war, das sich auf eine in Paragraph 1 dieses Artikels umschriebene Nachforschung stützte."

Ist man der Meinung, dass der Widerspruch zwischen den genannten Vorschriften beseitigt werden muss, so muss der Verwaltungsrat des IIB im Einklang mit den Bestimmungen

des vorgenannten Artikels des Protokolls einstimmig die Aussetzung der Anwendung dieses Artikels beschliessen.

3. Institutionelle Folgen

- 3.1. Wie unter Punkt II Nr. 1 ausgeführt, wird das EPA im Verwaltungsrat des IIB vertreten sein und an den Beschlüssen dieses Organs unter den gleichen Bedingungen teilnehmen wie die Mitgliedstaaten.

Es ist jedoch die Frage aufgeworfen worden, welche Stellung und welchen Einfluss der Vertreter des EPA im Verwaltungsrat des IIB tatsächlich haben wird.

Eine Antwort auf diese Frage lässt sich kaum auf ein analoges Vorgehen anderer europäischer oder internationaler Organisationen stützen, denn für diese Fälle ist es ja charakteristisch, dass die Staaten in allen Organen, in denen zugleich Vertreter der Staaten und Vertreter internationaler Institutionen einen Sitz haben, das Monopol des Abstimmungsrechtes besitzen.

Andererseits werden die Stellungnahmen des Vertreters des EPA im Verwaltungsrat des IIB voraussichtlich in vielen Fällen unter Berücksichtigung des Ergebnisses der vorhergehenden Beratungen im Verwaltungsrat des EPA abgegeben werden, in dem eine grosse Mehrheit von Mitgliedstaaten des IIB ebenfalls vertreten sein werden. Es ist wohl kaum anzunehmen, dass diese Staaten in diesen beiden Institutionen unterschiedliche Standpunkte vertreten. Die Anwesenheit des Vertreters des EPA im Verwaltungsrat des IIB dürfte insbesondere in den Fällen eine zusätzliche Garantie bieten, in denen es zwischen den Mitgliedstaaten des IIB, die Vertragsstaaten des Ersten Übereinkommens sind, und den anderen Mitgliedstaaten zu einer Interessenkollision kommt.

3.2. Nach Artikel 8 des Revidierten Abkommens kann jede Frage, die sich finanziell auf die Mitgliedstaaten und -organisationen auswirkt, Gegenstand einer Abstimmung sein, bei der die Stimmen gewogen werden. Es ist darauf hinzuweisen, dass dieses Verfahren nicht nur bei Beschlüssen angewandt wird, die unmittelbar die Jahresbeiträge betreffen, sondern auch bei allen Beschlüssen, die sich - auch mittelbar - auf diese Beiträge auswirken, d.h., auf alle wichtigen Beschlüsse, gleichgültig, ob sie den Umfang der Rechercheen, die Vergütung des Personals des IIB oder andere Gebiete betreffen.

Die Wägung der Stimmen, der die Jahresbeiträge der Mitgliedstaaten und -organisationen zugrunde gelegt werden, wird die Stellung des EPA stärken, das auf lange Sicht höhere Beiträge leisten wird als die meisten Mitgliedstaaten des IIB.

Nach Artikel 8 Paragraph 2 Unterabsatz 2 des Revidierten Abkommens darf die Zahl der einem Mitgliedstaat oder einer Mitgliedsorganisation zugeteilten Stimmen jedoch nicht höher sein als das Fünffache der Gesamtstimmenzahl, über die der Mitgliedstaat mit den wenigsten Stimmen verfügt.

Beispiele für die Berechnung der Stimmenverteilung sind in der Anlage enthalten.

III. - Beziehungen zwischen dem IIB und dessen Mitgliedstaaten einerseits und dem EPA und dessen Mitgliedstaaten andererseits, falls das EPA nicht Mitglied des IIB wird

1. Finanzregelung

1.1. Nach Artikel 13 Paragraph 6 des Revidierten Abkommens vom Haag "darf" der Betrag der Entschädigung bei Arbeiten, die das IIB für Rechnung Dritter (Nichtmitgliedstaaten oder Nichtmitgliedsorganisationen, Privatpersonen) durchführt, "nicht geringer sein als der Gesamtbetrag der durch diese Arbeiten verur-

Mit den in der Anlage aufgeführten Beispielen für die Berechnung der Jahresbeiträge wird dieser zweifachen Entwicklung soweit möglich Rechnung getragen.

2. Institutionelle Beziehungen

Da das EPA nach der vorliegenden Hypothese nicht Mitglied des IIB ist, wäre zu prüfen, mit welchen Mitteln - ausser einem Beitritt bestimmter Staaten zum Abkommen vom Haag - eine Koordination der Tätigkeit der beiden Organisationen gewährleistet werden kann. Zunächst ist festzustellen, dass das Abkommen vom Haag die Teilnahme von Beobachtern an den Sitzungen des Verwaltungsrats des IIB nicht ausschliesst. In dem zwischen diesen beiden Organisationen zu schliessenden Abkommen könnten also die Modalitäten einer Vertretung des EPA festgelegt werden.

Sodann müsste die Frage geprüft werden, ob es nicht erwünscht ist, dass dieses Abkommen gemeinsame Tagungen der Verwaltungsräte der beiden Organisationen für alle Fälle vorsieht, in denen sich grössere Probleme von gemeinsamem Interesse ergeben. Die Ergebnisse derartiger Tagungen könnten sicherlich nicht an die Stelle von Beschlüssen jedes einzelnen dieser beiden Organe treten, sie wären aber zweifellos in gewissem Umfang verbindlich. Die gemeinsamen Tagungen könnten auf Initiative einer der beiden beteiligten Institutionen anberaumt werden.

IV - Beitritt neuer Mitgliedstaaten. Revision des Abkommens vom Haag

1. Die künftigen Beziehungen zwischen dem IIB und dem EPA könnten noch enger gestaltet werden, wenn beide Organisationen teilweise oder ausschliesslich dieselben Mitgliedstaaten umfassen würden.

1.1. In rechtlicher Hinsicht steht dem Beitritt der Vertragsstaaten des Ersten Uebereinkommens vom Haag nichts entgegen. Diesem Abkommen können alle Mitgliedstaaten der

Pariser Union beitreten, und darüber hinaus sind danach die Mitgliedstaaten des IIB auch nicht verpflichtet, die Dienste des IIB unmittelbar in Anspruch zu nehmen. Artikel 4 des Revidierten Abkommens sieht nämlich folgendes vor:

"Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, in ihrer Landesgesetzgebung oder auf dem Weg internationaler Abkommen vorzusehen, dass alle oder wenigstens ein Teil der auf ihrem Gebiet wirksamen Patentgesuche oder Patente zum Gegenstand eines begründeten Gutachtens im Sinne von Artikel 1 Paragraph 1 gemacht werden müssen".

Da die europäischen Patente im Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten des Ersten Uebereinkommens wirksam sind, werden von diesen Staaten die Verpflichtungen aus Artikel 4 schon durch die Beteiligung am europäischen Patenterteilungsverfahren eingehalten.

- 1.2. Abgesehen von dem am Anfang zu entrichtenden Beitrag (siehe Anlage) würde die einzige finanzielle Belastung bei einem Beitritt zum Abkommen vom Haag für die Vertragsparteien des ersten Uebereinkommens in einer Beteiligung an den Verwaltungskosten des IIB bestehen. Es wurde bereits ausgeführt, dass es von dem Hundertsatz der Verwaltungsausgaben, der vom Verwaltungsrat des IIB festgesetzt wird, abhängt, ob es sich bei dieser Beteiligung an den Verwaltungskosten um hohe oder unbedeutende Beträge handelt.

Es wird daran erinnert, dass der Beitrag zu den Verwaltungsausgaben, der von den Staaten zu entrichten ist, welche die Dienste nicht in Anspruch nehmen, dem EPA auf jeden Fall nur dann zugute kommen kann, wenn es Mitglied des IIB wird.

- 1.3. Voraussichtlich werden sich die meisten Mitgliedstaaten des IIB am europäischen Patenterteilungsverfahren zwar beteiligen, doch ist nicht sicher, dass alle diese Staaten von der dadurch gebotenen Möglichkeit Gebrauch machen werden.

Andererseits kann wohl kaum vorgesehen werden, für die Vertragsstaaten des Ersten Uebereinkommens eine echte Verpflichtung einzuführen, dem Abkommen vom Haag beizutreten. Es könnte lediglich eine Empfehlung in diesem Sinne in Betracht gezogen werden.

- 1.4. Eine fühlbare Senkung des Jahresbeitrags der Mitgliedstaaten, die die Dienste des IIB nicht in Anspruch nehmen, könnte nicht nur den Beitritt von Staaten, die Vertragsparteien des Ersten Uebereinkommens, sind, erleichtern, sondern auch den Beitritt anderer Staaten bewirken. Was die in Artikel 4 des Revidierten Abkommens vorgesehene Verpflichtung der Mitgliedstaaten des IIB anbelangt, so könnten die Staaten, die Vertragsparteien des PCT sind, dieser Verpflichtung dadurch nachkommen, dass sie das IIB bei Anträgen, die bei ihrem nationalen Patentamt eingereicht worden sind, als zuständige Verwaltung für internationale Recherchen oder Recherchen internationalen Typs wählen. Im übrigen bildet der genannte Artikel 4 kein förmliches Hindernis für den Beitritt von Staaten, die in keiner Weise beabsichtigen, die Dienste des IIB in Anspruch zu nehmen. Die Nichtbeachtung der in diesem Artikel vorgesehenen Verpflichtung ist nämlich nicht mit Sanktionen verbunden.

Es kann jedoch angenommen werden, dass in dem Falle, in dem das EPA Mitglied des IIB wird, auch der Beitritt einer grösseren Anzahl von Staaten, die nicht Vertragsparteien des Ersten Uebereinkommens sind, das Uebergewicht der europäischen Staaten im Verwaltungsrat des IIB nicht in Frage stellen wird. In Anbetracht der von PCT vorgesehenen Dezentralisierung der internationalen Recherchen bzw. der Recherchen internationalen Typs wird das IIB seine Arbeiten zum überwiegenden Teil entweder für Rechnung des EPA oder für Rechnung der Mitgliedstaaten des EPA durchführen. Diese Organisation und diese Staaten werden also - aufgrund der von ihnen gezahlten Jahresbeiträge - bei allen Abstimmungen mit Stimmenwägung über die Mehrheit der Stimmen verfügen.

Pariser Union beitreten, und darüber hinaus sind danach die Mitgliedstaaten des IIB auch nicht verpflichtet, die Dienste des IIB unmittelbar in Anspruch zu nehmen. Artikel 4 des Revidierten Abkommens sieht nämlich folgendes vor:

"Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, in ihrer Landesgesetzgebung oder auf dem Weg internationaler Abkommen vorzusehen, dass alle oder wenigstens ein Teil der auf ihrem Gebiet wirkenden Patentgesuche oder Patente zum Gegenstand eines begründeten Gutachtens im Sinne von Artikel 1 Paragraph 1 gemacht werden müssen".

Da die europäischen Patente im Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten des Ersten Uebereinkommens wirksam sind, werden von diesen Staaten die Verpflichtungen aus Artikel 4 schon durch die Beteiligung am europäischen Patenterteilungsverfahren eingehalten.

- 1.2. Abgesehen von dem am Anfang zu entrichtenden Beitrag (siehe Anlage) würde die einzige finanzielle Belastung bei einem Beitritt zum Abkommen vom Haag für die Vertragsparteien des ersten Uebereinkommens in einer Beteiligung an den Verwaltungskosten des IIB bestehen. Es wurde bereits ausgeführt, dass es von dem Hundertsatz der Verwaltungsausgaben, der vom Verwaltungsrat des IIB festgesetzt wird, abhängt, ob es sich bei dieser Beteiligung an den Verwaltungskosten um hohe oder unbedeutende Beträge handelt.

Es wird daran erinnert, dass der Beitrag zu den Verwaltungsausgaben, der von den Staaten zu entrichten ist, welche die Dienste nicht in Anspruch nehmen, dem EPA auf jeden Fall nur dann zugute kommen kann, wenn es Mitglied des IIB wird.

- 1.3. Voraussichtlich werden sich die meisten Mitgliedstaaten des IIB am europäischen Patenterteilungsverfahren zwar beteiligen, doch ist nicht sicher, dass alle diese Staaten von der dadurch gebotenen Möglichkeit Gebrauch machen werden.

2. Die vorliegende Studie zeigt, dass das im Jahre 1961 revidierte Abkommen vom Haag so abgefasst worden ist, dass das Funktionieren des IIB im Zuge der Einführung eines europäischen Patenterteilungsverfahrens neu ausgerichtet werden kann. Dabei sind aber die durch das PCT bestimmten neuen internationalen Gegebenheiten unberücksichtigt geblieben. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass die Mitgliedstaaten des IIB das Abkommen vom Haag erneut revidieren, um es einer neuen Lage anzupassen, in der die Dienste des IIB von drei Typen von Institutionen in Anspruch genommen werden, nämlich von den Staaten, die es aufgrund des PCT in Anspruch nehmen, vom Europäischen Patentamt und von den Staaten, die das IIB bitten, Recherchen über nationale Patentanträge anzustellen, die bei ihren Patentämtern eingereicht worden sind.

Die Verpflichtungen, die das IIB und dessen Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Ersten Uebereinkommens übernehmen müssen, können jedoch nicht im voraus einer solchen Entwicklung gegründet werden. Auch wenn es möglich wäre, dass vor diesem Zeitpunkt die Unterzeichnung eines neuen revidierten Textes des Abkommens vom Haag erreicht wird, wäre keine Sicherheit in bezug auf die rechtzeitige Ratifizierung dieses Textes gegeben.

Falls die Mitgliedstaaten aber die Möglichkeit einer späteren Annäherung zwischen dem IIB und dem künftigen Europäischen Patentamt gewahrt sehen möchten, könnte eine teilweise Revision des Abkommens vom Haag in Betracht gezogen werden, um die Möglichkeit des Beitritts auf die Staaten zu beschränken, die Vertragsparteien des europäischen Patenterteilungsverfahrens sind.

Ein ähnliches Ergebnis könnte erzielt werden, wenn jeder Beitritt von der Zustimmung der ordentlichen Mitgliedstaaten abhängig gemacht wird.

Es müsste die Frage geprüft werden, ob bei einer solchen

Änderung des Abkommens vom Haag von der Unterzeichnung an die Regierung, bei der die Beitrittsurkunden zu hinterlegen sind, nicht in die Lage versetzt würde zu erklären, dass sie von einer etwaigen Hinterlegung der Beitrittsurkunden erst nach Zustimmung der Regierungen der anderen Mitgliedstaaten des IIB Kenntnis nehmen könne.

V - Entwicklungen auf längere Sicht

Die Einführung eines europäischen Patenterteilungsverfahrens ist ein bedeutender Schritt zur Zentralisierung des gewerblichen Eigentums in Europa. Paradoxiertweise könnten die in einem grösseren Rahmen unternommenen Bemühungen um eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Patente bewirken, dass einer der Hauptfaktoren aller Patenterteilungsverfahren, nämlich die Recherchen, nur in unvollkommener Weise von der europäischen Zentralisierung erfasst wird. Ausser dem Internationalen Patentinstitut (IIB) werden nämlich in Europa gegebenenfalls andere internationale Verwaltungen im Sinne des PCT geschaffen.

Man kann der Meinung sein, dass einer der Gründe für diese Lage darin zu sehen ist, dass die Recherchen bezüglich der europäischen Patentanmeldungen einer vom Europäischen Patentamt unabhängigen Organisation übertragen werden und dass zu dieser Organisation eine Gruppe von Staaten gehört, deren Zusammensetzung nicht zwangsläufig der Zusammensetzung der Gruppe der Staaten entspricht, welche von den Vertragsparteien des europäischen Patentverfahrens gebildet wird.

Es ist bereits ausgeführt worden, dass eine Annäherung zwischen dem IIB und dem EPA, falls sie erwünscht ist, dadurch erreicht werden kann, dass einerseits die Möglichkeiten für den Beitritt zum Abkommen vom Haag und andererseits die Möglichkeiten für den Beitritt des EPA wie auch der Mitgliedstaaten des EPA zum IIB in angemessener Weise begrenzt werden.

Sollten alle diese Staaten jedoch nicht beitreten, so könnten andere Mittel angewandt werden, um diese Staaten nach der

Schaffung des EPA in eine gleiche Situation gegenüber dem IIB zu versetzen.

Hierzu sind verschiedene Lösungsvorschläge unterbreitet worden. Ohne sie aufzuführen oder erschöpfend zu prüfen, kann gesagt werden, dass das IIB als Arbeitsinstrument auf jeden Fall beibehalten werden müsste. Sollte das IIB den Staaten, die Vertragsparteien des europäischen Verfahrens sind, zur Verfügung gestellt werden, so müssten und könnten die Verpflichtungen, die es auf internationaler Ebene eingegangen ist, und die besonderen Interessen der Staaten, die es in Anspruch nehmen, in vollem Umfang gewahrt werden. Bei einer eingehenderen Untersuchung einer solchen Hypothese muss die Haltung der beteiligten Staaten berücksichtigt werden.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Mit der vorliegenden Studie, die durch Schätzungen mit Zahlenangaben - in der Anlage - ergänzt wird, soll versucht werden, eine Antwort auf das Informationsersuchen zu geben, das in der Sitzung der Arbeitsgruppe I vom 11. bis 22. Oktober 1971 an die Delegationen des IIB gerichtet worden ist. Es hat sich jedoch als unmöglich erwiesen, schon jetzt die Einzelheiten des zwischen dem künftigen Europäischen Patentamt und dem Internationalen Institut zu schliessenden Abkommens zu präzisieren. Die Festlegung der künftigen Beziehungen zwischen den beiden Organisationen fällt nämlich in den Gesamtrahmen der Patentpolitik, die die europäischen Staaten sowohl in Europa als auch auf internationaler Ebene verfolgen wollen. Die Kernfrage ist, ob das IIB eine Einrichtung bleiben soll, die nicht nur universale Aufgaben sondern auch eine universale Struktur hat, oder ob es nur eine Einrichtung des europäischen Patentverfahrens sein soll, was nicht ausschliessen würde, das dieses Verfahren in gewissem Umfang auch aussereuropäischen Ländern offenstünde.

In erster Linie obliegt es den jetzigen Mitgliedstaaten des IIB, diese Frage zu klären. Sie können eine Entscheidung jedoch nur unter Berücksichtigung der Haltung der anderen Staaten treffen, die in der Regierungskonferenz über die Einführung eines europäischen Patenterteilungsverfahrens vertreten sind.

ANLAGE ZUR STUDIE ÜBER DIE KÜNFTIGEN BEZIEHUNGEN
ZWISCHEN DEM INTERNATIONALEN PATENTINSTITUT
(IIB) UND DEM EUROPÄISCHEN PATENTAMT (EPA).

Schätzung der Jahresbeiträge der Mitgliedstaaten und Mitgliedorganisationen des IIB, der Verteilung der Stimmen im Verwaltungsrat bei Stimmwägung und der Zahl der Einheiten der vom IIB durchzuführenden Recherchen.

Diese Schätzungen beziehen sich auf die folgenden Hypothesen:

- 1) Das EPA ist Mitglied des IIB; kein weiterer Staat tritt dem Haager Abkommen bei;
- 2) Das EPA ist Mitglied des IIB; ausserdem sind die 19 auf der Regierungskonferenz vertretenen Staaten Mitglieder sowohl des EPA wie des IIB;
- 3) Das EPA ist nicht Mitglied des IIB. Kein weiterer Staat tritt dem Haager Abkommen bei;
- 4) Das EPA ist nicht Mitglied des IIB; jedoch treten die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (einschliesslich der vier Staaten die Beitrittsverhandlungen aufgenommen haben) dem Haager Abkommen bei, soweit sie nicht schon Mitglieder des IIB sind.
- 5) Das EPA ist nicht Mitglied des IIB. Die 19 auf der Regierungskonferenz vertretenen Staaten sind Mitglieder sowohl des EPA wie des IIB.

ANNAHMEN, AUF DENEN DIE SCHÄTZUNGEN BERUHEN.

- Ansätze des Haushaltsplans des IIB für 1972.
- WIPO - Statistiken für das Jahr 1969
(Zahl der Anmeldungen und der Nachanmeldungen in den einzelnen Staaten).
- Beim EPA gehen jährlich 40.000 Anmeldungen ein, davon 25.000 in Form von Benennungen in internationalen Anmeldungen. Hierbei wird unterstellt, dass ein Anmelder, der Schutz in 3 europäischen Staaten sucht, eine europäische Anmeldung einreicht; sucht er darüber hinaus Schutz in 3 nicht am europäischen System beteiligten Staaten, so wird er ein europäisches Patent mittels einer internationalen Anmeldung beantragen, die er bei dem zuständigen nationalen Amt einreicht.
- Es wird angenommen, dass die Zahl der nationalen und internationalen Anmeldungen, die jährlich bei den nationalen Ämtern der am europäischen Patentsystem beteiligten Staaten eingereicht werden, der Zahl der 1969 in diesen Staaten ohne Inanspruchnahme einer Priorität eingereichten Anmeldungen entspricht, wobei unberücksichtigt bleibt, ob es sich um Anmeldungen aus dem Inland oder aus dem Ausland handelt. Man kann der Auffassung sein, dass diese Annahme mit der im vorigen Absatz gemachten unvereinbar ist. Daraus sich ergebende Fehlschätzungen dürften jedoch dadurch ausgeglichen werden, dass eine gewisse Anzahl der Erstanmeldungen, insbesondere solche aus dem Ausland, von der in diesem Absatz angegebenen Anzahl abzuziehen sein werden. Jedenfalls dürfte eine gewisse Ungenauigkeit in diesem Punkt auf das Gesamtergebnis nur geringe Auswirkungen haben.

- Hinsichtlich der Zahl der in den einzelnen Mitgliedstaaten des IIB eingereichten internationalen Anmeldungen wird angenommen, dass jede Anmeldung, die 1969 mindestens 3 Nachanmeldungen in nicht an der Regierungskonferenz beteiligten Staaten nach sich gezogen hat, als internationale Anmeldung eingereicht wird.
- Im Sinne der Finanzvorschriften des revidierten Haager Abkommens werden europäische und internationale Anmeldungen als vom EPA bzw. vom PCT-Anmeldeamt "empfangene" Anmeldungen angesehen. In solchen Anmeldungen enthaltene Benennungen werden dagegen nicht Anmeldungen gleichgestellt, die bei den betreffenden Staaten oder Organisationen eingereicht werden.
- Es wird angenommen, dass der Anteil der Jahresbeiträge zur Deckung der Verwaltungsausgaben gemäss Artikel 13, Absatz 2 des revidierten Haager Abkommens wie folgt festgesetzt wird:
 - Varianten A und A* 1 %
 - Varianten B und B* 11 %
- Für die Varianten A und B wird angenommen:
 - Für jede europäische oder internationale Anmeldung, die die Priorität einer anderen Anmeldung beansprucht, für welche das IIB einen Recherchenbericht erstellt hat, wird eine begrenzte Recherche zum Viertel der vollen Gebühr durchgeführt. Wurde die erste Recherche dagegen von einer anderen Behörde als dem IIB durchgeführt, so wird die volle Gebühr berechnet;
 - für jede andere internationale Anmeldung, in der das EPA benannt ist, führt das IIB eine vollständige Recherche durch und zwar handelt es dabei entweder als die zuständige internationale Recherchenbehörde oder in Anwendung von Artikel 160 a des 1. Übereinkommens.
- Für die Varianten A* und B* wird dagegen angenommen:
 - Für jede europäische oder internationale Anmeldung, die die Priorität einer anderen Anmeldung beansprucht, für welche ein Recherchenbericht erstellt wurde, wird eine begrenzte Recherche zum Viertel der vollen Gebühr durchgeführt, sofern die erste Recherche entweder vom IIB oder vom deutschen, österreichischen oder schwedischen Patentamt durchgeführt worden ist;
 - für keine internationale Anmeldung, in der das EPA benannt ist und für die ein internationaler Recherchenbericht erstellt wurde, wird eine ergänzende Recherche durchgeführt.
- Die Fälle des Artikels 137 des 1. Übereinkommens werden vernachlässigt.

./.

- Das deutsche, das österreichische und das schwedische Patentamt sind internationale Recherchenbehörden und als solche für die in Deutschland, bzw. Österreich und Schweden eingereichten Anmeldungen zuständig, das schwedische Patentamt ausserdem für die in Dänemark und Norwegen eingereichten Anmeldungen. Das IIB ist als internationale Recherchenbehörde für die übrigen auf der Regierungskonferenz vertretenen Staaten (ausser denjenigen, die den PCT nicht unterzeichnet haben) und für das EPA zuständig. Eine eventuelle Zuständigkeit des IIB für andere Staaten wird nicht in Rechnung gestellt.

Neben den in den Tabellen enthaltenen Angaben wird darauf hingewiesen, dass die Mindestgebühr pro Recherchenbericht, die gemäss Artikel 13, Absatz 6 des revidierten Haager Abkommens solchen Staaten und Organisationen in Rechnung gestellt werden müsste, die nicht Mitglieder des IIB sind, im Jahre 1972 925.- Gulden betragen würde. Dieser Betrag entspricht der durchschnittlichen Jahresbeitragsleistung (Verwaltungs- und Prüfungsausgaben) der Mitgliedstaaten pro Recherecheneinheit (Haushaltsplan 1972).

Da bei den meisten der oben aufgezählten Berechnungsgrundlagen ungewiss ist, bis zu welchem Grade sie zutreffen, können die beigefügten Tabellen nur als das Ergebnis einer ungefähren Schätzung aufgefasst werden. Ausserdem stellen die Varianten A, B, A* und B* Kombinationen extremer Hypothesen dar. Keine der berücksichtigten Annahmen kann als Ausdruck einer Stellungnahme des IIB interpretiert werden.

EINTRITTSBEITRAG
INITIAL CONTRIBUTION
COTISATION INITIALE

Wert des Kg. Feingold

Exchange value of one kg. pure gold

Valeur d'un kg. d'or fin

Fl. 4.600

Mittlerer Kurs Amsterdamer Börse des 5.11.'71

Average exchange rate of Amsterdam the 5th of Nov.'71

Cours moyen de la bourse d'Amsterdam le 5.11.'71

STATEN STATES ETATS	KLASSE CLASS CLASSE	ZAHL DER EINHEITEN NUMBER OF UNITS NOMBRE D'UNITES	EINTRITTSBEITRAG INITIAL CONTRIBUTION COTISATION INITIALE
DT	I	25	230.000
IT	I	25	230.000
SW	III	15	138.000
OE	IV	10	92.000
DK	IV	10	92.000
ES	IV	10	92.000
NO	IV	10	92.000
EL	IV	10	92.000
PO	IV	10	92.000
GR	V	5	46.000
YU	IV	10	92.000

Bemerkung : Der Eintrittsbeitrag des E.P.A. wird, laut Art. 12.3. des am 16.2.1961 revidierten Abkommens von Haag, in dem mit dem I.I.B. abgeschlossen, in Art. 2 des genannten Abkommens zitierten Vertrag bestimmt.

Note : According to art. 12.3. of the Agreement revised at The Hague on 16 th February 1961, the initial contribution of the E.P.O. is fixed in the special agreement with the I.I.B. as provided for in art. 2 of said Agreement.

Remarque : La cotisation initiale de l'O.E.B. est, selon l'art. 12.3. de l'Accord de La Haye révisé le 16 février 1961, déterminé par l'Accord conclu avec l'I.I.B. visé à l'art. 2 du même accord.

	HYPOTHESE 1 VARIANTE A HYPOTHESIS 1 VARIANT A HYPOTHESE 1 VARIANTE A			HYPOTHESE 1 VARIANTE A*			HYPOTHESE 2 VARIANTE A			HYPOTHESE 2 VARIANTE A*		
STATEN STATES ETATS	Jahresbeiträge Annual contribu- tions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche	Jahresbeiträge Annual contri- butions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche	Jahresbeiträge Annual contri- butions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche	Jahresbeiträge Annual contri- butions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche
U.E.B.	28.838.000	55	31.371	7.000.000	30	7.572	28.783.000	55	31.371	6.949.000	52	7.552
DT							160.000	11		97.000	11	
GB	3.495.000	16	3.584	3.410.000	20	3.584	3.388.000	23	3.584	3.346.000	31	3.584
FR	16.907.000	38	18.335	16.860.000	55	18.335	16.848.000	55	18.335	16.825.000	55	18.335
CH	1.622.000	13	1.719	1.603.000	15	1.719	1.581.000	16	1.700	1.589.000	20	1.719
NL	3.399.000	16	3.682	3.387.000	20	3.681	3.385.000	23	3.681	3.379.000	31	3.681
IT							407.000	12	407	393.000	13	407
SW							17.000	11		10.000	11	
BE	193.000	11	196	188.000	11	196	186.000	11	196	184.000	12	196
OE							21.000	11		12.000	11	
DK							3.000	11		2.000	11	
ES							17.000	11		10.000	11	
NO							7.000	11		4.000	11	
EI							13.000	11	10	11.000	11	10
LU	17.000	11	11	14.000	11	11	13.000	11	11	12.000	11	11
PO							3.000	11		2.000	11	
GR							7.000	11		4.000	11	
TR	465.000	11	500	462.000	12	500	461.000	12	500	460.000	13	500
MO	9.000	11	2	6.000	11	2	5.000	11	2	4.000	11	2
YU							10.000	11	3	7.000	11	3
Summen Totals Totaux	54.945.000	182	59.400	32.930.000	185	35.600	55.315.000	339	59.800	33.300.000	359	36.000

	HYPOTHESE 3 VARIANTE A HYPOTHESIS 3 VARIANT A HYPOTHESE 3 VARIANTE A			HYPOTHESE 4 VARIANTE A HYPOTHESIS 4 VARIANT A HYPOTHESE 4 VARIANTE A			HYPOTHESE 5 VARIANTE A HYPOTHESIS 5 VARIANT A HYPOTHESE 5 VARIANTE A			HYPOTHESE VARIANTE HYPOTHESIS VARIANT HYPOTHESE VARIANTE		
STATEN STATES ETATS	Jahresbeiträge Annual contri- butions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche	Jahresbeiträge Annual contri- butions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche	Jahresbeiträge Annual contri- butions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche	Jahresbeiträge Annual contri- butions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche
O.E.B.												
DT				99.000	11		85.000	11				
GB	3.407.000	21	3.584	3.347.500	32	3.584	3.338.000	35	3.584			
FR	16.833.000	55	18.307	16.877.000	55	18.390	16.868.000	55	18.387			
CH	1.603.000	15	1.719	1.589.000	21	1.719	1.587.000	22	1.719			
NL	3.387.000	21	3.681	3.379.000	33	3.681	3.378.000	35	3.681			
IT				394.000	13	407	391.000	13	407			
SW							9.000	11				
BE	188.000	11	196	184.000	12	196	183.000	12	196			
OE							11.000	11				
DK				2.000	11		2.000	11				
ES							9.000	11				
NO				4.000	11		3.500	11				
EI				11.000	11	10	11.000	11	10			
LU	14.000	11	11	12.000	11	11	12.000	11	11			
PO							2.000	11				
GR							3.500	11				
TR	462.000	12	500	460.000	13	500	459.500	14	500			
MO	6.000	11	2	4.000	11	2	4.000	11	2			
YU							6.000	11	3			
Summen Totals Totaux	25.900.000	157	28.000	26.362.500	245	28.500	26.362.500	318	28.500			

	HYPOTHESE 1 VARIANTE B HYPOTHESIS 1 VARIANT B HYPOTHESE 1 VARIANTE B			HYPOTHESE 1 VARIANTE B HYPOTHESIS 1 VARIANT B HYPOTHESE 1 VARIANTE B			HYPOTHESE 2 VARIANTE B HYPOTHESIS 2 VARIANT B HYPOTHESE 2 VARIANTE B			HYPOTHESE 2 VARIANTE B HYPOTHESIS 2 VARIANT B HYPOTHESE 2 VARIANTE B		
STATEN STATES ETATS	Jahresbeiträge Annual contributions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche	Jahresbeiträge Annual contributions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche	Jahresbeiträge Annual contributions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche	Jahresbeiträge Annual contributions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche
O.E.B.	27.935.000	55	31.371	6.958.000	30	7.572	26.427.000	55	31.371	6.579.000	50	7.952
DI							1.765.000	17		1.063.000	17	
GB	5.293.000	19	3.584	4.351.000	22	3.584	4.115.000	25	3.584	3.651.000	32	3.584
FR	16.379.000	37	18.335	15.864.000	54	18.335	15.733.000	55	18.335	15.479.000	55	18.335
CH	1.944.000	14	1.719	1.732.000	15	1.719	1.662.000	17	1.700	1.573.000	20	1.719
NL	3.333.000	16	3.682	3.212.000	19	3.681	3.181.000	22	3.681	3.121.000	29	3.681
IT							711.000	13	407	561.000	14	407
SW							168.000	11		113.000	11	
BE	312.000	11	196	252.000	11	196	237.000	11	196	206.000	12	196
OE							225.000	11		136.000	11	
DK							36.000	11		23.000	11	
ES							188.000	11		113.000	11	
NO							75.000	11		45.000	11	
EI							46.000	11	10	31.000	11	10
LU	85.000	11	11	54.000	11	11	47.000	11	11	32.000	11	11
PO							38.000	11		23.000	11	
GR							75.000	11		45.000	11	
TR	487.000	11	500	457.000	12	500	449.000	12	500	434.000	13	500
MO	77.000	11	2	47.000	11	2	39.000	11	2	24.000	11	2
YU							78.000	11	3	48.000	11	3
Summen Totals Totaux	54.945.000	185	59.400	32.930.000	185	35.600	55.315.000	348	59.800	53.300.000	363	36.000

	HYPOTHESE 3 VARIANTE B HYPOTHESIS 3 VARIANT B HYPOTHESE 3 VARIANTE B			HYPOTHESE 4 VARIANTE B HYPOTHESIS 4 VARIANT B HYPOTHESE 4 VARIANTE B			HYPOTHESE 5 VARIANTE B HYPOTHESIS 5 VARIANT B HYPOTHESE 5 VARIANTE B			HYPOTHESE VARIANTE HYPOTHESIS VARIANT HYPOTHESE VARIANTE		
STATEN STATES ETATS	Jahresbeiträge Annual contri- butions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche	Jahresbeiträge Annual contri- butions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche	Jahresbeiträge Annual contri- butions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche	Jahresbeiträge Annual contri- butions Contributions annuelles	Stimmwägung Weighted votes Voix pondérées	Recherchen- einheiten Research units Unités de recherche
O.F.B.												
DI				1.090.000	18		933.500	17				
GB	4.331.000	24	3.584	3.670.000	34	3.584	3.566.000	36	3.584			
FR	15.828.000	55	18.307	15.534.000	55	18.390	15.475.000	55	18.387			
CH	1.727.000	16	1.719	1.578.000	21	1.719	1.554.000	22	1.719			
NL	3.208.000	20	3.681	3.123.000	31	3.681	3.110.000	33	3.681			
IT				567.000	14	407	534.000	14	407			
SW							99.000	11				
BE	250.000	11	196	208.000	12	196	201.000	12	196			
OE							119.000	11				
DK				23.000	11		20.000	11				
ES							99.000	11				
NO				46.000	11		40.000	11				
EI				31.500	11	10	28.000	11	10			
LU	54.000	11	11	32.000	11	11	29.000	11	11			
PO							20.000	11				
GR							40.000	11				
TR	456.000	12	500	435.000	13	500	431.500	14	500			
MO	46.000	11	2	25.000	11	2	21.500	11	2			
YU							42.000	11	3			
Summen Totals Totaux	25.900.000	160	28.000	26.362.500	253	28.500	26.362.500	324	28.500			

GESAMTZAHL DER RECHERCHENEINHEITEN

TOTAL NUMBER OF SEARCH UNITS

NOMBRE TOTAL D'UNITES DE RECHERCHE

	: : Varianten : Variants : Variantes	} A et B	: : Varianten : Variants : Variantes	} A* et B
HYP. 1	:	59.400	:	35.600
HYP. 2	:	59.900	:	36.000
HYP. 3	:	59.400	:	35.600
HYP. 4	:	59.900	:	36.000
HYP. 5	:	59.900	:	36.000

(für das E.P.A., das nach den betreffenden Hyp. nicht Mit-
) glied des I.I.B. ist.
 1) dont 31.400 (for the E.P.O., which is not a member of the I.I.B. in the
 2) dont 7.600) considered hypotheses.
 (pour le compte de l'O.E.B. qui, dans les hypothèses
) considérées n'est pas membre de l'I.I.B.

